

Antrag Nr. 17-O-15-0004

CDU

Betreff:

Zugang zum Politischen Informationssystem (PIWI) (CDU)

Antragstext:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten, den Mitgliedern des Ortsbeirates einen geschützten Zugang zum nichtöffentlichen Teil des Politischen Informationssystems Wiesbaden (PIWI) zu ermöglichen.

Begründung:

Ein wichtiges Element der demokratischen Willensbildung sind die Ortsbeiräte, die innerhalb der jeweiligen Stadtbezirke direkt gewählt werden. Ihre ortsbezogene Kompetenz fließt in die Entscheidungen von Magistrat und Stadtverordneten-versammlung ein. Deshalb ist es unerlässlich, dass die Mitglieder des Ortsbeirates möglichst frühzeitig und umfassend informiert sind. Vom nichtöffentlichen Teil des PIWI (Sitzungs- und Beratungsunterlagen, wichtige stadtteilbezogene Informationen etc.) sind die Ortsbeiräte bislang ausgeschlossen. Laufende Entscheidungsprozesse in den städtischen Beschlussgremien können deshalb nicht zeitnah und optimal verfolgt werden.

Dieser Nachteil, auch im Verhältnis zu anderen Mandatsträgern, sollte zukünftig vermieden werden.

Die Verschwiegenheitspflicht für die Ortsbeiratsmitglieder ist in § 5 der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte umfassend geregelt. Danach sind sie zur Verschwiegenheit über alle Angelegenheiten verpflichtet, die vertraulich zu behandeln sind. Damit sollten keine durchgreifenden Bedenken gegen den von uns beantragten erweiterten Zugang zum Politischen Informationssystem Wiesbaden (PIWI) bestehen.

Wiesbaden, 13.03.2017